

Europa muss seine Banken schützen

AB
18.09.08

Finanzaufsicht und Notenbank bekämpfen die Finanzkrise nicht wirkungsvoll genug

In den USA hat die Verstaatlichung von Freddie Mac und Fannie Mae, den beiden größten Immobilienbanken des Landes, auch dem letzten Zweifler vor Augen geführt, wie instabil der US-Finanzmarkt ist. Die US-Notenbank Fed hatte schon Bear Stearns gerettet, Merrill Lynch konnte bei der Bank of America unter schlüpfen, Lehman Brothers geht in Konkurs; AIG konnte nur mit Hilfe der Notenbank gerettet werden.

In der Euro-Zone ist man bislang noch glimpflich durch die Krise gekommen, wobei eine relativ vorsichtige Regulierung in Spanien und Italien hierzu erheblich beigetragen hat. Die Bankenregulierung insgesamt gehörte hingegen nicht zu den Vorzeigeaktivitäten in der Euro-Zone. Zu viele Fehler wurden gerade auch in Deutschland gemacht, wo der Präsident der Finanzaufsicht (BaFin) in seinem Jahresbericht 2008 eine gewisse Unlust an notwendiger Analysearbeit äußert, da er doch schreibt, dass die BaFin durch die US-Entwicklungen 2007 überrascht worden sei und man ja auch so wenig über die Fehlentwicklungen in den USA wusste. Wieso Präsident Jochen Sanio noch in Amt und Würden ist, kann nur der verstehen, der die höhere politische Mathematik der Verantwortlichen in Berlin kennt.

Letztlich sind auch viele Banken in der Euro-Zone latent instabil, und zwar trotz freundlicher Liquiditätsspritzen der Europäischen Zentralbank (EZB). Banken in Deutschland etwa haben die Abschreibungen in ihre Neubewertungsrücklage eingestellt und haben oft schrumpfende Eigenkapitalpositionen zu verzeichnen. Die Perspektiven für wachsendes Geschäftsvolumen sind schlecht. Da nun auch noch die Inflationsbesorgte EZB mit ihrer Anhebung der kurzfristigen Zinssätze für eine inverse Zinsstruktur gesorgt hat, lässt sich durch das Standardgeschäft der Banken – nämlich entlang einer normalen Zinsstrukturkurve Erträge zu erwirtschaften – keine Stabilisierung erreichen. Sosehr man auch in der ersten Jahreshälfte teilweise zu Recht Inflationsorgen in der Euro-Zone ernst nehmen musste, so sehr sieht man nun zur zweiten Jahreshälfte, wie stark das Wirtschaftswachstum einbricht. Die EZB sollte in den nächsten Monaten für eine Normalisierung der Zinsstrukturkurve sorgen. Ein solcher Schritt kann mehr zur Finanzmarktstabilisierung beitragen als alle Liquiditätsspritzen. Letztlich läuft diese Überlegung auf eine Zinssenkung durch die EZB hinaus. Im Übrigen sollten die Euro-Zone bzw. die EU stärker eine europäische Bankenaufsicht umsetzen.

Wieso die EU die Basel-II-Regeln zur Kapitalausstattung der Banken, anders als die USA, für verbindliches Recht erklärt, also auf Basis von Urteilen von undurchsichtigen US-Ratingfirmen arbeiten will, ist ein Rätsel. Die von der Europäischen Kommission erwogenen Anmeldevorschriften für Ratingagenturen sind



PAUL J. J. WOLFENS

Präsident des Instituts für Europäische Wirtsch.-Beziehungen an der Uni Wuppertal

zu weich, es muss massive Sanktionen bei Fehlratings der Agenturen geben; deren Arbeit muss künftig durch Stichproben regelmäßig untersucht werden.

Die USA stehen vor einem Scherbenhaufen ihres Finanzsystems, wobei ordnungspolitische Versäumnisse über viele Jahre hierzu beigetragen haben. Die US-Wirtschaft ist in der Krise und mit ihr ein Wirtschaftssystem, das viel zu kurzfristig orientiert ist, wo sich Topbanker unrealistische Renditeziele bei den Banken gesetzt haben und das obendrein unter Mangel an durchdachter Regulie-

rung leidet. Die führenden US-Ratingagenturen haben nach einem Bericht der US Securities and Exchange Commission im Zeitraum 2002 bis 2006 zudem vielfach fehlerhaft gearbeitet, und man darf den im Sommer erschienenen Bericht so verstehen, dass viele Ratings einfach zusammengestückelt waren – ohne vernünftige Grundlage.

Nachdem die Wall-Street-Banker und Hedge-Fonds – ohne Regulierungen – ihre Fiesta in der Dekade 1995 bis 2005 gefeiert haben, ist nur noch ein großer Kater in Manhattan zu verspüren. Infolge der Finanzmarktglobalisierung sind viele Länder von den US-Schocks betroffen, und da viele Zentralbanken in Asien Papiere von Freddie und Fannie halten, ist der Schaden für das Ansehen der USA erheblich.

Die US-Bankenkrise ist gravierend, und das Krisenmanagement der USA ist auch noch schlecht. Notenbankchef Ben Bernanke hat schon mit der sonderbaren Rettung von Bear Stearns falsche Signale gesetzt. Die Quasiverstaatlichung von Freddie Mac und Fannie Mae durch die Bundesregierung steht natürlich im Widerspruch zu den Prinzipien der US-Wirtschaftsordnung. Aber diese Maßnahmen waren unvermeidlich, nachdem man ab August 2007, als die Bankenkrise in den USA

ausbrach, keine Strukturreformen in den USA ergriffen hat. Die annähernd eine Billion Dollar an Abschreibungen, die der IWF in seiner Expertise 2008 als eine globale Obergrenze nannte, wird sicherlich noch 2009 überschritten. Die Weltwirtschaft steht vor einer Phase sinkender Öl- und Rohstoffpreise plus sinkender Immobilienpreise sowie fallender Aktienkurse.

Je mehr die USA und Großbritannien – sowie vermutlich auch Deutschland – Richtung Rezession marschieren, umso mehr wird das Wachstum in der Euro-Zone gebremst; Öl- und Rohstoffpreise sowie die Preisüberwälzungsspielräume sinken, der Inflationsdruck fällt, die Kerninflationsrate wird mittelfristig deutlich abnehmen.

Das Hauptproblem in den Jahren 2009/10 wird die Stabilisierung der Bankensysteme beziehungsweise der Finanzmärkte sein. Es ist nicht gesichert, dass die USA ihre selbst verschuldete Bankenkrise rasch überwinden können und ob auch vernünftige Schlussfolgerungen aus dem Desaster – etwa von der neuen Regierung – gezogen werden. In der jetzigen Situation kann man die Politiker nur auffordern, endlich ihre Hausaufgaben in Sachen Strukturreformen zu machen.

gastautor@handelsblatt.com